

# Konjunktur in Deutschland

## Gesamtwirtschaftliche Lage

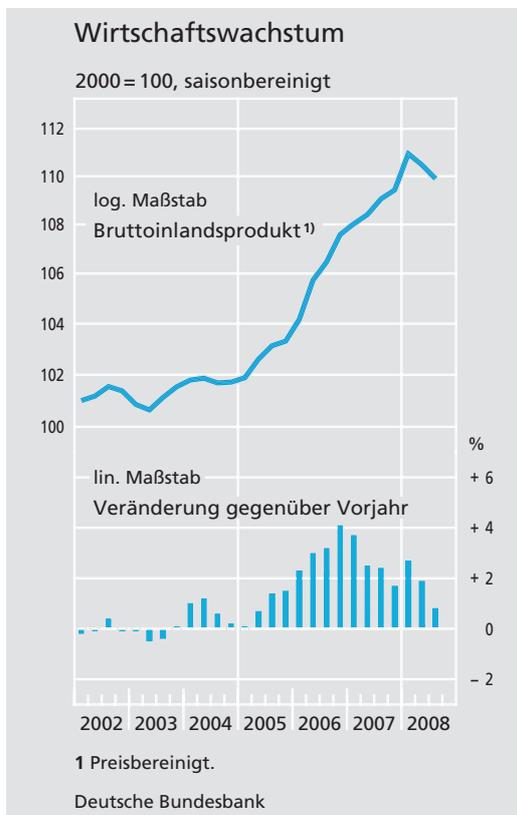
---

Die rasch voranschreitende Abkühlung der Weltkonjunktur sowie die von immer mehr Vorsicht und Zurückhaltung geprägte Grundstimmung hierzulande haben die deutsche Wirtschaft nach der Jahresmitte 2008 zunehmend belastet. Der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zufolge ist das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im dritten Quartal saison- und kalenderbereinigt gegenüber dem Frühjahr um 0,5 % gefallen. Binnen Jahresfrist ergab sich kalenderbereinigt noch ein Zuwachs von 0,8 %, nach 1,9 % im Quartal zuvor. Dabei ist bereits berücksichtigt, dass das Rechenergebnis für das BIP im ersten Halbjahr leicht nach oben revidiert wurde. Nachdem die Wirtschaftsleistung in der ersten Jahreshälfte 2008 – abgesehen von witterungsbedingten Sondereffekten – insgesamt noch fast so stark wie das Produktionspotenzial zugenommen hatte, ist der gesamtwirtschaftliche Nutzungsgrad nunmehr merklich zurückgegangen. Im Durchschnitt aller Sektoren betrachtet, dürfte das Aktivitätsniveau aber noch im Bereich der Normalauslastung geblieben sein. Allerdings zeichnet sich für das Schlussquartal erneut ein empfindlicher Dämpfer ab.

*Deutliche  
Abkühlung der  
Konjunktur*

Die deutsche Wirtschaft ist seit den Sommermonaten einem erheblichen Abwärtsdruck ausgesetzt. Besonders hart war hiervon das Verarbeitende Gewerbe betroffen, das wegen der teilweise recht kräftigen zyklischen Abschwächung auf wichtigen Absatzmärkten auf neue Impulse verzichten musste. Unter diesem Eindruck unterzogen die Unternehmen ihre Investitionsplanungen und Beschäf-

*Erheblicher  
außenwirt-  
schaftlicher  
Belastungs-  
druck, anhal-  
tende Stör-  
einflüsse in  
der Binnen-  
wirtschaft*



tigungsdispositionen ersten Revisionen, die sich bislang aber noch in überschaubaren Grenzen bewegten. Größere Bremspuren vonseiten der Finanzmarktkrise in Gestalt einer restriktiven Kreditvergabe inländischer Banken waren im Berichtszeitraum nicht zu erkennen. Das Konsumklima blieb erheblich beeinträchtigt, nicht zuletzt weil trotz der massiven Preiskorrektur auf den internationalen Ölmärkten seit Juli von preisbedingten Kaufkraftentlastungen erst wenig zu spüren war. Gleichwohl dürften die Verbraucher die vergleichsweise günstigen Beschaffungspreise genutzt haben, vor Beginn der Heizperiode ihre Ölvorräte aufzufüllen. Auch Unternehmen haben wohl die Entspannung auf den Energie- und Rohstoffmärkten genutzt, um sich mit Vor- und Zwischenprodukten einzudecken.

Da Industrierohstoffe ebenso wie Energie zum Großteil im Ausland beschafft werden, haben die Einfuhren in den Sommermonaten überdurchschnittlich stark zugelegt. Der Zuwachs der Warenimporte dürfte in realer Rechnung gegenüber dem zweiten Quartal saisonbereinigt 3 ½ % betragen haben. Der Außenhandel hat das BIP-Ergebnis im dritten Quartal rein rechnerisch aber auch deshalb deutlich gedämpft, weil sich das Gesamtvolumen der deutschen Warenausfuhren im Sommer saisonbereinigt um schätzungsweise ¾ % reduzierte, nachdem schon im Frühjahr eine moderate Abnahme zu verzeichnen war. Dass die Exportkonjunktur seit dem Frühjahr als Impulsgeber ausgefallen ist, lag auch an der gegenwärtig wieder hohen Synchronität im internationalen Konjunkturverbund. Damit war es immer weniger möglich, einen Ausgleich für die bereits seit Längerem tendenziell rückläufige Geschäftstätigkeit mit amerikanischen und britischen Kunden zu erhalten.

*Starker  
Importzuwachs,  
nachlassende  
Exporte*

Die empfindliche Nachfrageabschwächung im Auslandsgeschäft ließ die exportorientierte Wirtschaft, die in den vergangenen Jahren infolge des weltweiten Aufschwungs besonders kräftig expandiert hatte, zuletzt etwas vorsichtiger disponieren. Angesichts erster merklicher Abstriche in der Kapazitätsauslastung bestand keine unmittelbare Notwendigkeit mehr, die Sachkapitalbildung zu forcieren, zumal viele neu angeschaffte Anlagen ihren vollen Kapazitätseffekt im laufenden Produktionsprozess – wie üblich – erst mit zeitlicher Verzögerung erzielt haben. Aus zyklischer Sicht dürfte die gewerbliche Investitionstätigkeit ohnehin in ein Reifestadium

*Unternehmens-  
investitionen  
in konjunk-  
turellem  
Reifestadium*

eingetreten sein. Dies zeigt sich auch daran, dass die Investitionsquote des Unternehmensbereichs, das heißt der Anteil der neuen Maschinen und Ausrüstungen sowie errichteten Werkshallen und Bürogebäude an der Wertschöpfung, im ersten Halbjahr 2008 einen Wert annahm, der an den Hochpunkten der beiden vergangenen Investitionszyklen kurz nach der Wiedervereinigung und im Jahr 2000 nicht überschritten worden war. Aus struktureller Sicht besteht indessen durchaus weiterer Bedarf, den Kapitalstock im Unternehmensbereich zu erweitern, da sich nicht zuletzt als Konsequenz der expansiven Einstellungspraxis die Kapitalintensität in den vergangenen Jahren sukzessiv ermäßigt hat. Dadurch wurde für sich genommen die Trendentwicklung der Arbeitsproduktivität gedämpft, sodass eine stärkere Fokussierung auf produktivitätssteigernde Projekte geboten wäre.

Dieses Szenario passt grundsätzlich zu den Ergebnissen der DIHK-Herbstumfrage, wonach die Investitionsabsichten ebenso wie die Beschäftigungspläne der befragten Unternehmen trotz recht stark eingetrübter Geschäfts- und Exporterwartungen vergleichsweise moderat korrigiert wurden. Im Sommer sind die Auslieferungen von Ausrüstungsgütern auch als Folge weiter zurückliegender Investitionsentscheidungen noch recht hoch ausgefallen. Die gewerblichen Bauinvestitionen dürften hingegen im Berichtszeitraum das Volumen, das im ersten Halbjahr 2008 durchschnittlich erzielt worden war, in etwa erreicht haben.



Nach der Jahresmitte sahen sich die privaten Haushalte divergierenden Einflüssen ausgesetzt. Vor allem dürfte die abrupte Kehrtwende des Rohölpreises den Verbrauchern die Sorge genommen haben, das disponible Einkommen würde durch überproportional steigende Heizkosten und Kraftstoffausgaben immer weiter eingeschränkt. Vor diesem Hintergrund konnte sich der private Konsum in den Sommermonaten nach empfindlichen

*Aktivitäten der Privathaushalte von Zurückhaltung geprägt*

## Außenhandel nach Regionen und Warengruppen

Veränderung in %

Position	Durchschnitt Juli/August 2008 gegenüber			
	2. Quartal 2008, saison- bereinigt		Juli/August 2007, Ursprungs- werte	
	Aus- fuhr	Ein- fuhr	Aus- fuhr	Ein- fuhr
<b>Insgesamt</b>	- 0,2	5,0	2,6	9,3
<b>Länder bzw. Länder- gruppen</b>				
EWU-Länder	0,1	5,4	2,1	9,9
Übrige EU-Länder	1,1	- 2,2	3,6	6,2
darunter:				
Neue Mitglieds- länder 1)	2,3	2,1	9,2	7,6
Vereinigte Staaten von Amerika	- 3,4	5,5	- 9,8	3,9
Russische Föderation	0,0	24,2	12,4	42,4
Japan	- 6,5	3,2	- 5,4	- 6,2
Südostasiatische Schwellenländer 2)	1,0	3,5	5,3	- 11,3
China	- 7,1	13,3	9,5	5,1
OPEC-Länder	- 2,4	3,4	9,6	32,4
<b>Warengruppen</b>				
<b>Hauptgruppen</b>				
Vorleistungsgüter	- 1,4	2,0	- 0,1	- 0,5
Investitionsgüter	- 2,2	4,9	- 4,4	- 3,3
Konsumgüter	5,0	3,9	4,9	- 1,6
Energie	.	18,4	.	59,6
<b>Ausgewählte Gruppen</b>				
Chemische Erzeugnisse	7,6	5,7	9,1	1,5
Maschinen Kraftwagen und Kraftwagenteile	- 1,9	0,8	0,3	- 1,1
Güter der Informa- tionstechnologie	- 5,2	- 3,7	- 10,6	- 9,3
Metalle und Metall- erzeugnisse	- 0,8	8,6	- 10,4	- 6,3
Metalle und Metall- erzeugnisse	- 1,9	0,9	0,5	0,0

1 Ohne Slowenien, Zypern und Malta, die inzwischen zum Euro-Raum zählen. — 2 Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan, Brunei Daressalam, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Thailand.

Deutsche Bundesbank

preisbedingten Rückschlägen in der ersten Jahreshälfte zwar voraussichtlich stabilisieren. Angesichts der anhaltend positiven Arbeitsmarktentwicklung sowie höherer Entgeltzuwächse ist die schwache Grundtendenz der realen Verbrauchsausgaben im Einklang mit der gedrückten Anschaffungsneigung jedoch ein Indiz dafür, dass das Konsumklima in Deutschland nach wie vor gestört ist. Die Verunsicherung, die durch die Verschärfung der Krise an den internationalen Finanzmärkten weiter um sich gegriffen hat, reduziert offensichtlich die Bereitschaft, gerade solche Güter zu erwerben, die den finanziellen Spielraum erheblich einengen beziehungsweise Zahlungsverpflichtungen in der Zukunft begründen. Davon ist vor allem der Erwerb von Kraftfahrzeugen betroffen, wobei die Kaufzurückhaltung in diesem Gütersegment durch politische Diskussionen um eine Reform der Kfz-Steuer hierzulande sowie Planungen der EU-Kommission, die Klimaschutzvorgaben zu verschärfen, zusätzlich genährt wurde. Daneben belasten unsichere Einkommensperspektiven sowie steigende Baukosten die Nachfrage nach neuem Wohnraum. Dazu passt, dass die Wohnungsbauinvestitionen im dritten Quartal saisonbereinigt aufgrund der schwachen Grundtendenz im Neubaubereich wohl kaum höher ausgefallen sind als im Dreimonatsabschnitt zuvor.

### Sektorale Tendenzen

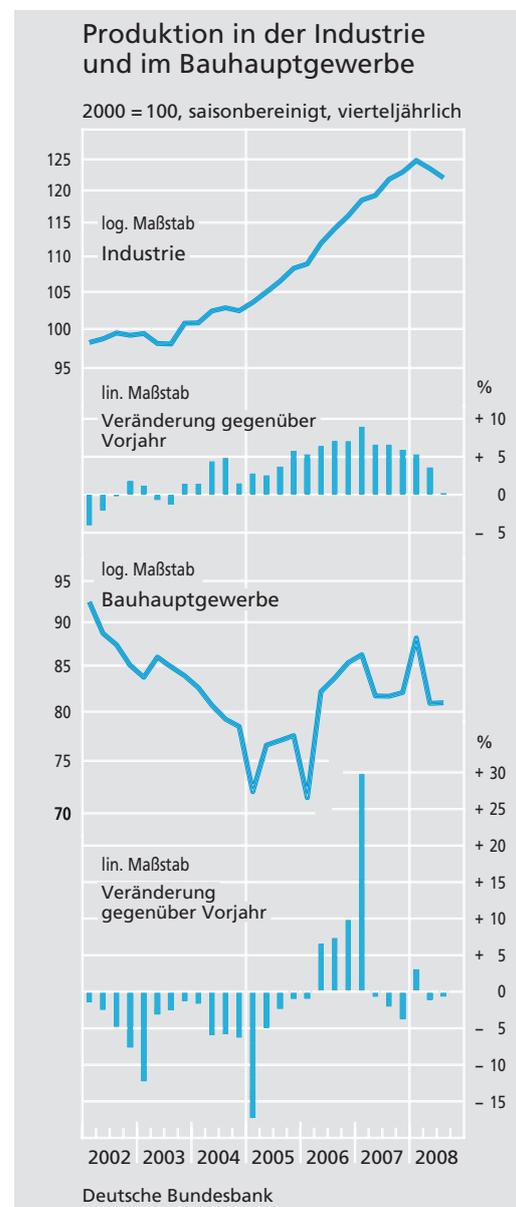
Trotz deutlich nachlassender Nachfrage seit Jahresbeginn verminderte die Industrie ihr Produktionsvolumen im Sommer – wie auch schon im Frühjahr – vergleichsweise moderat.

*Schwächere  
Industrie-  
konjunktur*

Im dritten Jahresviertel fiel die Erzeugung saisonbereinigt um 1¼ % niedriger aus als im Quartal zuvor; damals war der Ausstoß um 1% gegenüber der Produktionsspitze im Winter zurückgenommen worden. Die konjunkturell bedingten Abstriche sind demnach in der Industrie bislang eher mäßig ausgefallen, was sich auch daran zeigt, dass die Fertigung zwischen April und September 2008 insgesamt noch leicht oberhalb der Erzeugung des zweiten Halbjahres 2007 lag. Der Vorjahrsstand wurde im dritten Quartal kalenderbereinigt um ¼ % überschritten. Die Industrie konnte bislang vor allem deshalb ihr Produktionsvolumen recht hoch halten, weil zwischen 2005 und 2007 der Ausbau der Produktionskapazitäten mit der sehr kräftigen Expansion der Bestellungen nicht Schritt gehalten hatte. Dadurch hatte sich ein Auftragspolster gebildet, das nun abgebaut wird. Um den Jahreswechsel 2007/08 waren überdies ausgesprochen viele Großprojekte in Auftrag gegeben worden, deren Bearbeitungszeit sich naturgemäß über eine Reihe von Monaten erstreckt.

*Abnehmende Kapazitätsauslastung*

Entsprechend war die Auslastung der industriellen Kapazitäten bis zuletzt überdurchschnittlich hoch, wenngleich der Nutzungsgrad im Oktober den Angaben des ifo Instituts zufolge erstmals seit zwei Jahren sichtbar zurückging. Dafür war vor allem die Produktionsdrosselung der Investitionsgüterhersteller ausschlaggebend. Dennoch sind die Anlagen in diesem Sektor immer noch weit stärker als im längerfristigen Durchschnitt ausgelastet. Der Vorleistungsgüterbereich meldete trotz mäßiger Einbußen bis zuletzt ebenfalls einen überdurchschnittlichen Nut-



zungsgrad, während sich im Konsumgüterbereich teilweise freie Kapazitäten abzeichneten.

Das Leistungsvolumen des Bauhauptgewerbes hat sich im Sommer saisonbereinigt auf niedrigem Niveau stabilisiert, nachdem es im Frühjahr als technische Reaktion auf die witterungsbedingt lebhaftere Bautätigkeit während der Wintermonate zu einem kräftigen

*Seitwärtsbewegung der Bautätigkeit auf niedrigem Niveau*

Rückgang gekommen war. Auch 2008 setzte sich bislang der seit einigen Jahren zu beobachtende Trend fort, dass sich die Bauaktivitäten im Bestand besser als Neubaumaßnahmen entwickeln. So haben im ersten Halbjahr 2008 die geleisteten Arbeitsstunden im Ausbaugewerbe saisonbereinigt um knapp 6 % gegenüber dem zweiten Halbjahr 2007 zugenommen, während das Arbeitsvolumen des Bauhauptgewerbes, das auch den Rohbau von Wohnungen umfasst, im Vergleichszeitraum praktisch stagnierte.

*Dienstleistungsbereich durch Produzierendes Gewerbe belastet*

Die Aktivitäten der Handelsunternehmen dürften sich im dritten Quartal vom Rückschlag im Frühjahr erkennbar erholt haben. So sind die Einzelhandelsumsätze in realer Rechnung zwischen Juni und September saisonbereinigt zwar weitgehend unverändert geblieben, der Großhandel konnte seine Transaktionen im Berichtszeitraum jedoch wieder spürbar ausweiten. Der unternehmensnahe Dienstleistungsbereich ist wohl zumindest teilweise unter den Einfluss der Abkühlungstendenz des Produzierenden Gewerbes geraten. Den Umfrageergebnissen des ifo Instituts zufolge hat sich das Geschäftsklima der befragten Dienstleistungsunternehmen in den Sommermonaten weiter verschlechtert. Dabei haben nicht nur Zeit- arbeitsfirmen, die von der Arbeitsmarktbelegung der vergangenen Jahre erheblich profitiert hatten, ihre Erwartungen zuletzt deutlich zurückgestuft. Nach der Creditreform/ZEW-Umfrage meldeten auch die Anbieter von Informations- und Kommunikationsdienstleistungen geringere Umsätze im dritten Quartal.

## Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Abkühlung hat sich der Arbeitsmarkt bisher alles in allem gut behauptet. So ist die Arbeitslosigkeit bis Ende Oktober recht stetig auf saisonbereinigt 3,15 Millionen gefallen. Die entsprechende Quote verringerte sich von 7,8 % zur Jahresmitte auf 7,5 %. Dabei hielten sich demographisch bedingte Entlastungen (die Erwerbsbevölkerung geht nach Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im Verlauf des Jahres 2008 leicht zurück) und statistische Umbuchungen (die über 58-jährigen Arbeitslosen werden seit Anfang des Jahres wieder im offiziellen Bestand berücksichtigt und nicht mehr in der sog. Stillen Reserve) in etwa die Waage. Rund 70 % des Rückgangs der Arbeitslosigkeit entfiel auf das Grundsicherungssystem (SGB II). Damit war die (Netto-)Abgangsrate in diesem Personenkreis, der häufiger Ausbildungsdefizite aufweist, bereits längere Zeit arbeitslos ist und typischerweise größere Lücken in der Erwerbsbiographie hat, ebenso hoch wie im Versicherungssystem (SGB III).

*Weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit*

Auch die Erwerbstätigkeit hat ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamts zufolge bis September weiter zugenommen, und zwar um 0,3 % gegenüber dem Stand vom Juni. Im Quartalsmittel war der Zuwachs ähnlich stark, und der vergleichbare Vorjahrsstand wurde wie im zweiten Vierteljahr um 1,5 % übertroffen. Zwar lief der Beschäftigungszuwachs in der Industrie aus, und im Bauhauptgewerbe setzte sich der Rückgang fort, aber im Dienstleistungsbereich hat der Personalbestand noch weiter zugenommen.

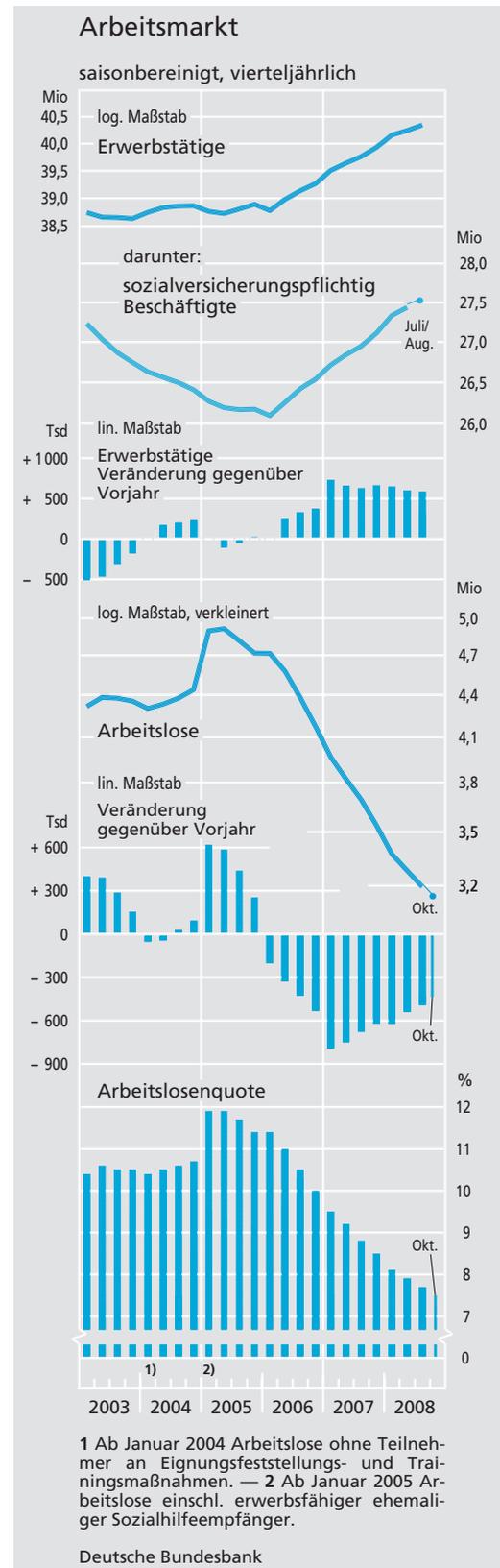
*Auch Beschäftigung noch im Plus*

Ein größer werdender Teil des Zuwachses entfiel auf beschäftigungsschaffende Maßnahmen. Für die insgesamt noch positive Beschäftigungsentwicklung dürfte eine Rolle gespielt haben, dass sich die wirtschaftlichen Aussichten erst ab Oktober stärker eingetrübt haben. Allerdings deuten der weiterhin hohe Bestand an Vakanzen (Mitte Oktober waren bei den Arbeitsämtern saisonbereinigt 572 000 offene Stellen registriert) und die langen Vakannzeiten (im Oktober abgemeldete Stellen waren zuvor durchschnittlich 64 Tage unbesetzt geblieben) auf einen erheblichen unbefriedigten Kräftebedarf und Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung hin (zum Ausgleichsprozess am Arbeitsmarkt siehe die Erläuterungen auf den Seiten 56 f.).<sup>1)</sup> Ein konjunkturell bedingter, moderater Zugang an Arbeitssuchenden müsste sich deshalb nicht notwendigerweise in vollem Umfang in höheren Arbeitslosenzahlen niederschlagen, vorausgesetzt die Arbeitssuchenden passen zum Profil der offenen Stellen und sind hinreichend mobil.

Anpassung  
an die  
veränderte  
wirtschaftliche  
Lage

Von Jahresbeginn bis August – weitere Angaben liegen noch nicht vor – hat sich die Zunahme der Beschäftigung bei den Unternehmensdienstleistern, zu denen auch die Arbeitnehmerüberlassung gezählt wird, verringert und ist schließlich zum Stillstand gekommen. Zudem häufen sich Meldungen, dass Unternehmen den Umfang der Leiharbeit reduzieren wollen. Damit könnte es in

1 Die umfassendere, auf Umfragedaten beruhende Schätzung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots durch das IAB zeigt für das dritte Quartal eine Gesamtzahl von 998 000 Stellen an, 255 000 bzw. ein Fünftel weniger als ein Jahr zuvor. Besonders ausgeprägt war mit mehr als 50 % der Rückgang bei den später zu besetzenden Stellen.



1 Ab Januar 2004 Arbeitslose ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. — 2 Ab Januar 2005 Arbeitslose einschl. erwerbsfähiger ehemaliger Sozialhilfeempfänger.

## Verbesserter Ausgleich am Arbeitsmarkt? – Evidenz von der Beveridge-Kurve

Trotz des starken Rückgangs der Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren waren im dritten Vierteljahr 2008 in Deutschland noch beinahe 3 Millionen Personen auf der Suche nach einer bezahlten Beschäftigung. Ihnen standen laut einer Umfrage des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) rund 800 000 (sofort zu besetzende) offene Stellen gegenüber. Wenn Unternehmen trotz beträchtlicher Arbeitslosigkeit lange nach geeigneten Arbeitskräften suchen müssen und Arbeitslose trotz zahlreicher Vakanzen nur schwer eine Anstellung finden, deutet dies auf erhebliche Probleme im Ausgleichsprozess am Arbeitsmarkt hin.

Auskunft über die Qualität der Vermittlungsfunktion des Arbeitsmarktes gibt die sogenannte Beveridge-Kurve, die den Zusammenhang zwischen dem Umfang noch nicht verwirklichter Einstellungsabsichten der Unternehmen und bisher nicht erfüllter Beschäftigungswünsche der Arbeitnehmer zeigt.<sup>1)</sup> In der Regel geht eine Abnahme der Arbeitslosigkeit mit einer Zunahme der offenen Stellen einher, weil mit steigendem Beschäftigungsgrad der Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage schwieriger wird. Zudem werden in einer konjunkturellen Erholungsphase neue Stellen schneller geschaffen als besetzt, während gleichzeitig noch die Zahl der Arbeitslosen bei bereits zunehmenden Vakanzen vorübergehend sogar noch weiter steigen kann. In einer späteren Phase des Aufschwungs verhält es sich umgekehrt: Vakanzen werden deutlich schneller gefüllt als neue geschaffen, sodass die offenen Stellen bereits rückläufige Tendenzen zeigen können, während die Arbeitslosigkeit noch abnimmt. Idealerweise erreichen diese Schleifen in der Beveridge-Kurve am Ende des Zyklus wieder ihren Ausgangspunkt. Dies war im letzten abgeschlossenen Zyklus allerdings nicht der Fall.<sup>2)</sup> Vielmehr kam es gegen Ende der Aufschwungphase im Jahr 2000 zu einem untypisch starken Anstieg der Vakanzzahlen, aber zu keiner weiteren nennenswerten Reduktion der Arbeitslosigkeit, sodass die Rückbewegung in Richtung Ausgangslage unterblieb. Die Beveridge-Schleife verlagerte sich vielmehr wie auch schon in den siebziger und achtziger Jahren weiter vom Ursprung weg. Dies zeigt eine steigende strukturelle Arbeitslosigkeit an.

Der gegenwärtige Zyklus entspricht in größerem Maße dem Idealtypus. Seit Ende 2006 nimmt die Zahl der Vakanzen ab, gleichzeitig reduziert sich der Umfang der Unterbeschäftigung.

1 Jeweils bezogen auf die Zahl der Erwerbspersonen. Das IAB erhebt seit 1992 jährlich im gesamten Bundesgebiet im vierten Quartal Daten zum gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot. Seit 2006 sind weitere vierteljährliche Erhebungen mit reduziertem Stichprobenumfang hinzugekommen. Die Umfragen unterscheiden zwischen sofort und später zu besetzenden Stellen. Die Angaben zu den sofort zu füllenden Vakanzen liegen deutlich über den Meldungen offener Stellen bei der Bundesagentur für Arbeit (siehe beispielsweise: A. Kettner und E. Spitznagel (2007), Stellenangebot geht zurück, bleibt aber auf hohem

Mehr noch, diese Bewegung ist so ausgeprägt, dass die letzte Rechtsverlagerung der Beveridge-Kurve zu einem großen Teil zurückgenommen zu werden scheint. Die Gründe dafür sind sowohl in der Struktur des gegenwärtigen Zyklus wie auch in den geänderten arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen zu sehen.

Die beiden letzten Expansionsphasen unterscheiden sich hinsichtlich ihres sektoralen Musters erheblich. Der New-Economy-Boom war stark dienstleistungsbezogen. In den neun Quartalen bis Sommer 2000 nahm die Erwerbstätigkeit im tertiären Bereich um 6,6% zu, während sie im Produzierenden Gewerbe um 2,2% zurückging. Die Aufschwungphase der letzten Jahre wurde hingegen zu einem größeren Teil von der Industrie geprägt. Trotz der vollständigen Verbuchung der schnell steigenden Zahl der Leiharbeiter im Dienstleistungssektor – ein erheblicher Teil von ihnen wird in der Industrie eingesetzt – stieg die Beschäftigung im Produzierenden Gewerbe vom Winter 2006 bis Frühjahr 2008 um 2,5% an. Bei den Dienstleistungen belief sich der Zuwachs auf 4,1%. Die Geschwindigkeit des Strukturwandels hin zum tertiären Sektor fiel also deutlich geringer aus als in der Erholungsphase zuvor. Dies könnte für den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt insofern von Bedeutung gewesen sein, als qualifikatorische Divergenzen und Hemmnisse bei der beruflichen Mobilität, die vor allem bei einem verstärkten Tempo des sektoralen Strukturwandels zum Tragen kommen, im aktuellen Aufschwung eine geringere Rolle gespielt haben könnten. Die schnelle Veränderung der Branchenstruktur mit einer verstärkten Hinwendung zu neuen Dienstleistungen Ende der neunziger Jahre könnte hingegen die Einsatzmöglichkeiten spezifischer Fähigkeiten und Kenntnisse in größerem Maß verringert haben. Entlastend wirkte zudem die Entwicklung der Angebotsseite, welche im Umfang weitgehend unverändert blieb, während sie im Vergleichszeitraum noch in spürbarem Ausmaß gewachsen war.

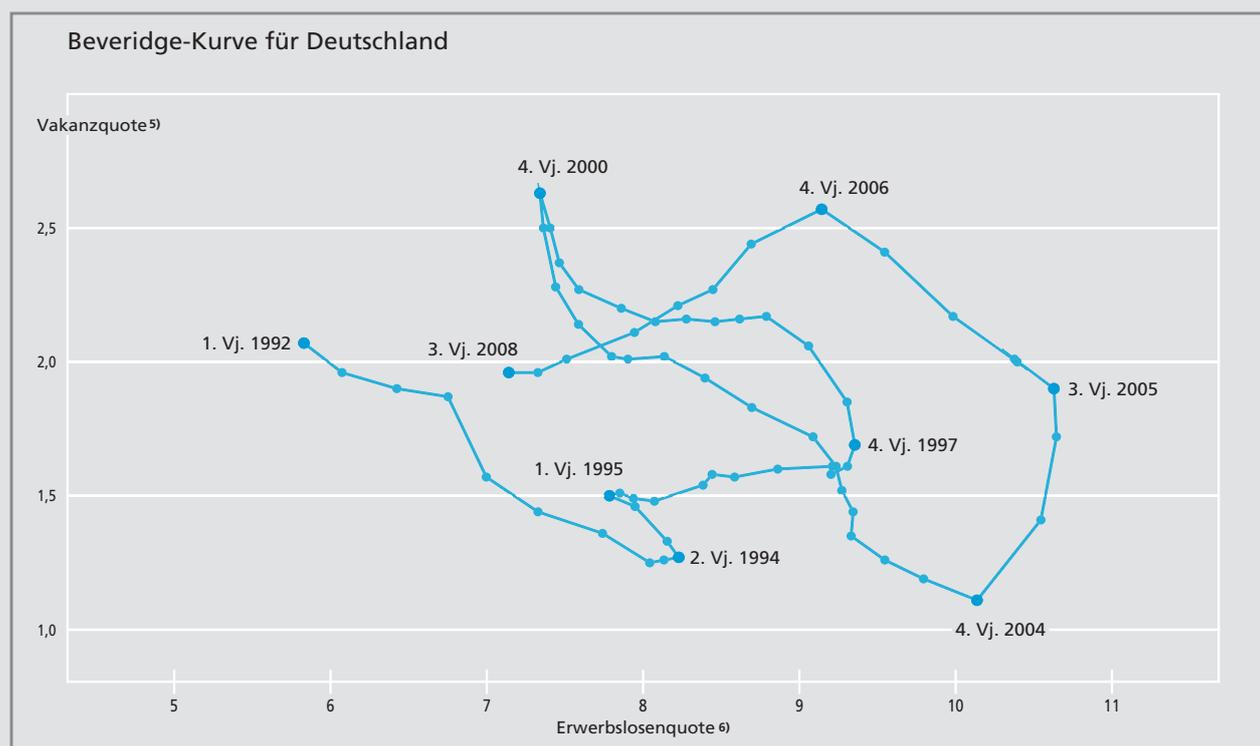
Der Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt wurde auch durch die arbeitsmarktpolitischen Reformen der letzten Jahre gefördert. Dies gilt insbesondere für die weitgehende Freigabe der Arbeitnehmerüberlassung. Leiharbeit ermöglicht es Unternehmen, ihren Arbeitskräftebedarf flexibel zu decken und die mit dem gesetzlichen Kündigungsschutz verbundenen Einstellungsrisiken zu reduzieren.

Niveau, IAB-Kurzbericht Nr. 7). Hier werden die Werte für das erste bis dritte Quartal durchgängig auf Basis der (saisonbereinigten) gemeldeten Stellen interpoliert. Als Maß für die Unterbeschäftigung kommt die ebenfalls befragungsgestützte standardisierte Arbeitslosenquote nach Abgrenzung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zur Anwendung. Gegenüber der registrierten Arbeitslosigkeit wird die standardisierte Quote in geringerem Maß von Änderungen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik oder bei den Registrierungsverfahren beeinflusst, wie dies zuletzt mit der Einbeziehung von erwerbsfähigen

In der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung entfielen in der letzten Aufschwungphase mehr als zwei Fünftel des Zuwachses auf Unternehmensdienstleister, zu denen auch die Arbeitnehmerüberlassung zählt. Die Einschränkung der Unterstützungslösungen bei Arbeitslosigkeit durch die Verkürzung der Anspruchsdauer auf Arbeitslosengeld und den Ersatz der Arbeitslosenhilfe durch die Grundsicherung dürfte zudem die Bereitschaft zur Akzeptanz von Stellenangeboten gesteigert haben.<sup>3)</sup> Hingegen scheinen andere Maßnahmen wie die Ergänzung der amtlichen Stellenvermittlung durch private Personal-Service-Agenturen und die Vergabe von Vermittlungsgutscheinen nur wenig zu einer Verbesserung des Ausgleichsprozesses beigetragen zu haben.<sup>4)</sup>

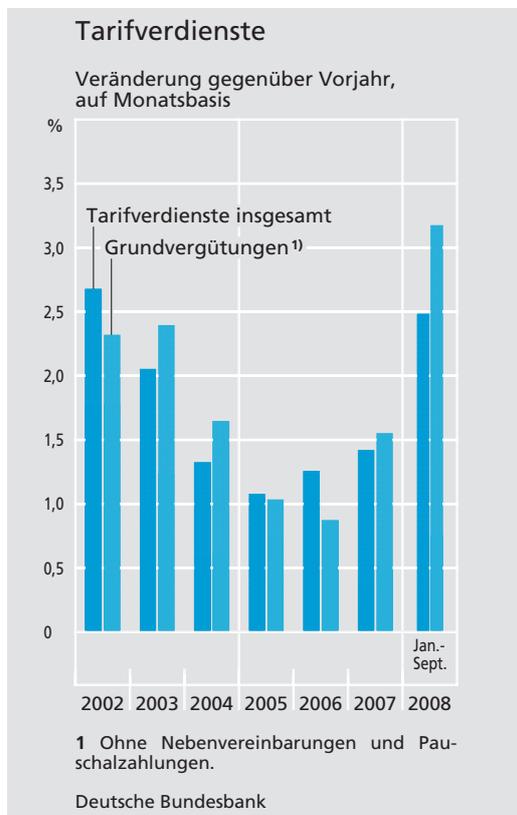
Die Bewegungen der Beveridge-Kurve deuten darauf hin, dass sich die strukturellen Probleme am Arbeitsmarkt in den letzten

Jahren entschärft haben. Dies zeigt auch der deutliche Rückgang der Arbeitslosigkeit im Grundsicherungssystem. Das Ausgangsproblem der hohen Sockelarbeitslosigkeit ist damit aber erst zum Teil behoben. Auch wenn sich in den kommenden Quartalen die zyklischen Einflüsse in der Wahrnehmung wieder stärker in den Vordergrund schieben, könnten bei einer Normalisierung der finanz- und realwirtschaftlichen Verhältnisse die Strukturprobleme wieder rasch an Bedeutung gewinnen. Der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften, bei dem schon jetzt erkennbare Engpässe bestehen, wird hoch bleiben. Dies weist vor dem Hintergrund der noch verbliebenen beträchtlichen Arbeitslosigkeit auf die Notwendigkeit weiterer bedarfsorientierter Qualifikationsanstrengungen und knappheitsgerechter Entlohnungsstrukturen hin, damit sich Bildungsinvestitionen auch aus Sicht des Einzelnen lohnen.



Sozialhilfeempfängern im Rahmen der Hartz IV-Reform der Fall war. — 2 Im Weiteren werden zwei Zyklen – abgegrenzt durch konjunkturelle Hochpunkte – unterschieden: der letzte vom ersten Vierteljahr 1992 bis zum vierten Quartal 2000, der gegenwärtige seit Anfang 2001 bis zum aktuellen Rand. — 3 Siehe dazu: A. Kettner und M. Rebien (2007), Hartz-IV-Reform: Impulse für den Arbeitsmarkt, IAB-Kurzbericht Nr. 19. — 4 Siehe dazu: Wissenschaftszentrum Berlin, infas (2006), Evaluation der Maßnahmen zur Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kom-

mission, Modul 1a: Neuausrichtung der Vermittlungsprozesse, Bericht für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Berlin, Bonn. — 5 In Prozent der Erwerbspersonen auf Basis der IAB-Befragungen zum gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot (sofort zu besetzende offene Stellen) im vierten Quartal 1992 bis 2007, fehlende Datenpunkte: Hochrechnung und Saisonbereinigung auf Basis der gemeldeten offenen Stellen der Bundesagentur für Arbeit. — 6 In Prozent der Erwerbspersonen, standardisierte Arbeitslose, saisonbereinigt.



diesem Bereich, der rund zwei Fünftel zur Expansion der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung seit Anfang 2006 beigetragen hat, zu Rückschlägen kommen. Andererseits werden die Unternehmen angesichts der Probleme bei der Stellenbesetzung versuchen, ihre Stammebelegschaften auch in einem schwierigeren wirtschaftlichen Umfeld zu halten. Die in der Zeit der konjunkturellen Überauslastung aufgefüllten Arbeitszeitkonten sowie das kürzlich von 12 auf 18 Monate verlängerte Kurzarbeitergeld dürften dieses Verhalten erleichtern. Auch die Ergebnisse der DIHK-Umfrage im Herbst deuten in diese Richtung. Danach sahen zwar weniger Unternehmen als noch im Frühjahr zusätzliche Einstellungen vor und mehr Unternehmen planten eine Anpassung des Personalbestands, insgesamt überwogen aber neutrale Beschäf-

tigungspläne. Auch das ifo Beschäftigungsbarmeter, das in den letzten Monaten deutlich nach unten ging, liegt noch knapp im neutralen Bereich.

## Löhne und Preise

Die Tarifentgelte sind im dritten Vierteljahr, in dem keine neuen Abschlüsse von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung getätigt wurden, aufgrund zuvor bereits vereinbarter Anpassungen binnen Jahresfrist um 3,0% gestiegen. Im zweiten Vierteljahr waren es trotz deutlich höherer Steigerungsraten bei den regelmäßigen monatlichen Entgelten noch 1,7% gewesen, weil im Vergleich zum Vorjahr eine geringere Zahl tarifvertraglich vereinbarter Einmalzahlungen fällig wurde. Dieser Effekt kam im dritten Vierteljahr auch aufgrund neuer Einmalzahlungen in der Metallindustrie nicht mehr zum Tragen. Die Grundvergütungen stiegen mit 3,2% sogar etwas schwächer als im Vorzeitraum, weil in noch gültigen, älteren Verträgen mit überjähriger Wirkungsdauer gegen Ende der Laufzeit häufig schwächere Anhebungen als zu Beginn vorgesehen waren.

*Beschleunigter Anstieg der Tarifentgelte*

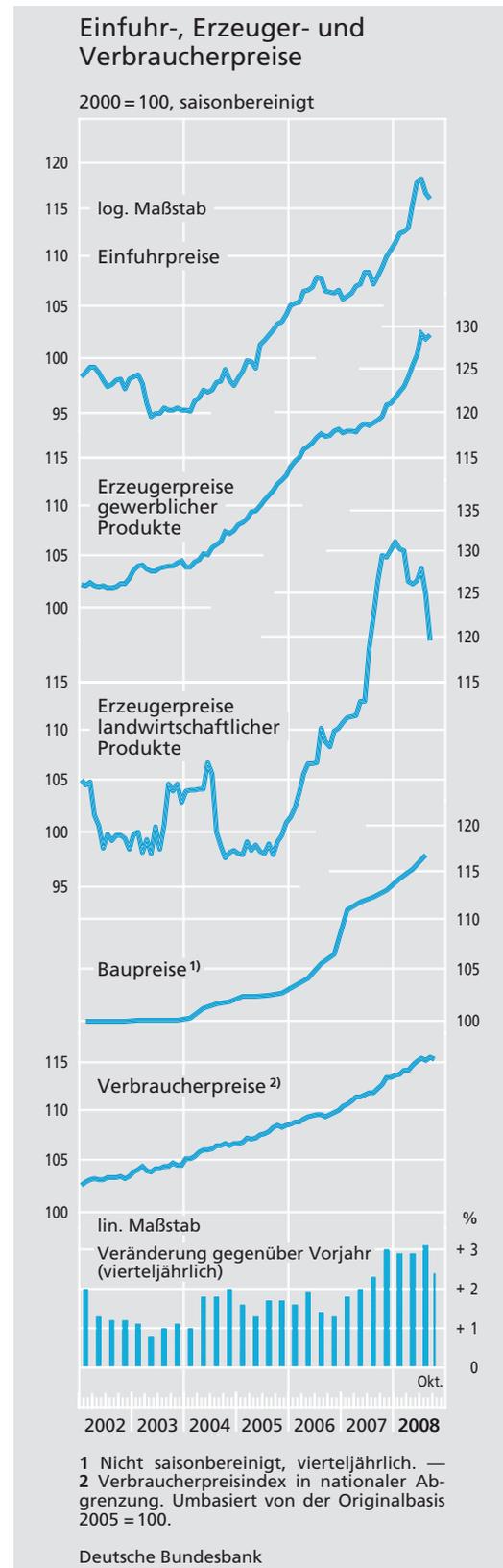
Im November haben sich die Tarifparteien in der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württembergs auf einen neuen Tarifvertrag mit einer Laufzeit von 18 Monaten geeinigt. Neben Einmalzahlungen (zunächst 510 €, später nochmals 122 €) sind dauerhafte Anhebungen der Entgelte um jeweils 2,1% im Februar und Mai 2009 vorgesehen. Die zweite Stufe der Entgeltanhebung sowie die zweite Einmalzahlung können durch Betriebs-

*Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie*

vereinbarung um bis zu sieben Monate verschoben beziehungsweise gekürzt werden. Die Tarifparteien haben mit der hohen Einmalzahlung einerseits der noch guten Branchenkonjunktur im laufenden Geschäftsjahr Rechnung getragen, andererseits mit der langen Laufzeit die Planungssicherheit der Betriebe erhöht und mit den betrieblichen Anpassungsmöglichkeiten für schwierigere Zeiten vorgesorgt. Der Abschluss wurde inzwischen von weiteren Bezirken übernommen.

*Einfuhrpreise  
rohölbedingt  
rückläufig, ...*

In den Sommermonaten hat sich die Preistendenz auf der Einfuhrseite gedreht. Die Importe verteuerten sich im Quartalsmittel saisonbereinigt zwar noch um 1,3 % gegenüber dem Vorzeitraum. Im Verlauf des Quartals wurden die Preise aber um 1,6 % zurückgenommen. Wesentlich waren dafür die scharfen Korrekturen auf den internationalen Ölmärkten. In deren Folge verbilligten sich Energieimporte von Juni bis September um 8,6 %. Bei anderen aus dem Ausland bezogenen Waren war der Preistrend wohl auch wegen der Abwertung des Euro deutlich ungünstiger. Bei Vorleistungen und Konsumgütern verstärkte sich in der Quartalsbetrachtung der Preisauftrieb im Vergleich zum Frühjahr, bei Investitionsgütern kam der Preisrückgang zum Stillstand. Der Vorjahrsabstand der Einfuhrpreise ohne Energie vergrößerte sich von 0,6 % auf 1,7 %, einschließlich Energie von 7,5 % auf 8,7 %. Da die Einfuhrpreise insgesamt etwas stärker stiegen als die Ausführpreise, verschlechterte sich das außenwirtschaftliche Tauschverhältnis – die Terms of Trade – im Vergleich zum Vorquartal saisonbereinigt betrachtet um 0,4 %. In der



Vorjahrsbetrachtung vergrößerte sich das Minus auf 5,2 %.

*... inländische Erzeugerpreise aber noch weiter gestiegen*

Auf der industriellen Erzeugerstufe ergab sich hingegen im Quartalsverlauf ein weiterer, wenn auch vergleichsweise moderater Preisanstieg. Im Mittel der Monate wurden die inländischen Absatzpreise saisonbereinigt mit 2,9 % sogar noch etwas stärker als in der Vorperiode angehoben, und im Vorjahrsvergleich erhöhte sich die entsprechende Rate von 6,0 % auf 8,5 %. Die Unterschiede in der Preistendenz auf der inländischen Erzeugerstufe im Vergleich zu den Einfuhren liegen zum Teil an dem reduzierten Gewicht von rohem Erdöl und von Mineralölerzeugnissen (50,3 % gegenüber 73,2 %). Ohne Energie sind die inländischen Absatzpreise im Vergleich zum Vorzeitraum saisonbereinigt um 1,3 % gestiegen und damit so kräftig wie seit langer Zeit nicht mehr. Im Vorjahrsvergleich ergab sich eine Teuerungsrate von 3,5 %, nach 2,9 % im zweiten Vierteljahr. Besonders bei Vorleistungen und Investitionsgütern verstärkte sich der Preisauftrieb. Bei Konsumgütern flachte er sich vor allem wegen zurückgehender Nahrungsmittelpreise etwas ab. Auf der landwirtschaftlichen Erzeugerstufe sind die Preise im dritten Vierteljahr saisonbereinigt erneut gefallen, nachdem sie schon im Frühjahr deutlich nachgegeben hatten. Auch aufgrund von Basiseffekten verringerte sich der Vorjahrsabstand von gut 12 % auf 1,5 %. Die Baupreise wurden unter anderem wegen steigender Vorleistungspreise im Vergleich zum Vorquartal um 1,3 % angehoben; binnen Jahresfrist sind sie damit um 4,0 % gestiegen.

Auf der Verbraucherstufe gab es zunächst noch keine größere Entlastung. Zwar sind die Preise im Verlauf des dritten Vierteljahres saisonbereinigt mit 0,4 % nur noch vergleichsweise verhalten gestiegen, im Mittel ergab sich mit 0,7 % aber noch ein kräftiges Plus, das kaum weniger stark war als im Vorquartal. Dass die Preisentwicklung nicht günstiger ausfiel, lag auch daran, dass den entlastenden Effekten der Preiskorrekturen bei Rohöl verzögerte Effekte der vergangenen Rohölpreisteigerungen gegenüberstanden. So reduzierten sich zwar die Preise von Mineralölprodukten im Quartalsverlauf um 6,0 %, die Gaspreise wurden aber gleichzeitig um 7,3 % angehoben. Zudem fielen bei Bekleidung die saisonüblichen Preissteigerungen – wohl auch wegen der Kursverluste des Euro auf den internationalen Devisenmärkten – stärker aus als in den Vorjahren. Und schließlich blieben bei Nahrungsmitteln die angesichts der abwärtsgerichteten Preistendenz auf den Weltmärkten erwarteten Korrekturen noch weitgehend aus. Trotzdem reduzierte sich der Vorjahrsabstand des Verbraucherpreisindex in nationaler Abgrenzung von 3,3 % zur Jahresmitte auf 2,9 % im September. Im Quartalsmittel stiegen die Preise binnen Jahresfrist um 3,1 %, nach 2,9 % im Frühjahr. Bei dem nach europäischen Standards berechneten Harmonisierten Verbraucherpreisindex erhöhte sich die Vorjahrsrate von 3,0 % auf 3,3 %.<sup>2)</sup>

*Verbraucherpreisanstieg im Sommer nur wenig abgeschwächt, ...*

Im Oktober hat sich die Kaufkraft des Euro vor allem infolge niedrigerer Kraftstoff- und

---

<sup>2)</sup> Auf vergleichbarer methodischer Basis zum VPI, aber mit dem Warenkorb des HVPI gerechnet, hätte die Teuerungsrate im Sommer 3,4 % betragen.

... aber im  
Oktober mit  
deutlichem  
Rückgang

Heizölpreise saisonbereinigt etwas erhöht. Hingegen haben weitere Anbieter die Gaspreise kräftig angehoben. Zudem kam es bei Nahrungsmitteln zu abermaligen Preissteigerungen. Bei gewerblichen Waren machte sich wie in den Vormonaten die Abwertung des Euro ungünstig bemerkbar. Bei Dienstleistungen und bei Wohnungsmieten setzte sich – unterstützt durch die Abschaffung beziehungsweise Reduktion der Studiengebühren in zwei Bundesländern – der moderate Preistrend fort. Insgesamt stiegen die Verbraucherpreise binnen Jahresfrist dem VPI zufolge um 2,4% und nach dem HVPI um 2,5%. Nicht zuletzt wegen der anhaltenden Korrekturen auf den internationalen Rohstoffmärkten und aufgrund von positiven Basiseffekten ist im November mit einem weiteren deutlichen Rückgang der Teuerungsrate zu rechnen.

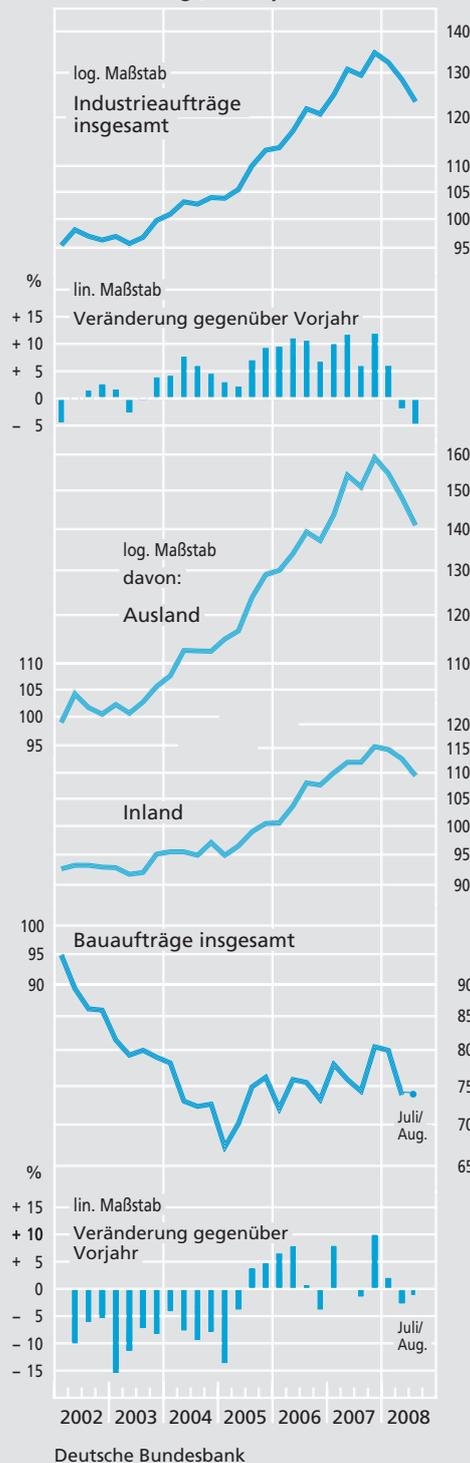
### Auftragslage und Perspektiven

Harter  
konjunktureller  
Rückschlag im  
kommenden  
Winterhalbjahr

Die tiefen, hartnäckigen Verwerfungen an den internationalen Finanzmärkten haben inzwischen weltweit einen deutlichen Schatten auf die Realwirtschaft geworfen. Dies gilt im Kreis der Industrieländer vor allem für die USA und Großbritannien; aber auch andere Länder, die für die regional breit aufgestellte deutsche Wirtschaft wichtige Absatzmärkte darstellen, sind nun in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Auswirkungen überlagern überdies teilweise die wirtschaftlichen Aufholprozesse in den Schwellenländern sowie mittel- und osteuropäischen Transformationsstaaten, von denen die deutsche Exportwirtschaft bislang stark profitiert hat. Die daraus

### Nachfrage nach Industriegütern und Bauleistungen

Volumen, 2000 = 100,  
saisonbereinigt, vierteljährlich



resultierende Nachfrageschwäche wird die Konjunktur in Deutschland empfindlich dämpfen, zumal binnenwirtschaftliche Impulse von Gewicht kurzfristig nicht zu erwarten sind. Mit zunehmender Dauer könnte sich jedoch positiv bemerkbar machen, dass sich Energie und Rohstoffe zuletzt massiv verbilligt haben. Zusätzlich haben sich die Absatzperspektiven heimischer Waren auf den Märkten in Übersee für sich genommen dadurch etwas verbessert, dass der Euro seit Mitte Juli sowohl gegenüber dem US-Dollar als auch gegenüber dem japanischen Yen sehr kräftig an Wert verlor. Schließlich wurden in einer Reihe von Ländern, die von konjunkturellen Rückschlägen am stärksten betroffen sind, auch staatliche Maßnahmen mit dem Ziel ergriffen, das Abgleiten in eine scharfe Rezession zu verhindern.

*Geschäftserwartungen kurzfristig von ungünstigem Auslands-geschäft und hoher Unsicherheit belastet*

Für die Wintermonate muss mit einem recht ungünstigen Auslands-geschäft gerechnet werden. Seit der Jahresmitte wurden die Exporterwartungen des Verarbeitenden Gewerbes für die jeweils nächsten drei Monate den Umfrageergebnissen des ifo Instituts zufolge kräftig zurückgenommen und befanden sich im Oktober eindeutig in der Kontraktionszone. Bei der bedeutenden Rolle, welche die ausländische Kundschaft für einen Großteil der deutschen Industrie spielt, ist verständlich, dass eine solch massive Verschlechterung der kurzfristigen Ausfuhrperspektiven auch auf die Geschäftserwartungen insgesamt durchgeschlagen hat. Bei der Interpretation der Umfrageergebnisse darf jedoch die beträchtliche Diskrepanz zwischen Lagebeurteilungen und Erwartungen, die nach der Zuspitzung der internationalen Finanzmarkt-

krise im September weiter zunahm, nicht übersehen werden. Hierin könnte auch die stark erhöhte Unsicherheit hinsichtlich der realwirtschaftlichen Konsequenzen dieses schwer überschaubaren Risikomoments zum Ausdruck kommen. Das Maßnahmenpaket der Bundesregierung zur Stabilisierung des deutschen Finanzsystems ist in seiner Zielsetzung, geregelte Geschäftstätigkeit an den Finanzmärkten wiederherzustellen, ein zentraler Beitrag dafür, dass sich die gegenwärtige Belastung der deutschen Konjunktur über den Außenhandel nicht durch finanzwirtschaftliche Probleme eigener Art verschärft.

Die durch die Stimmungsindikatoren belegte substanzielle Eintrübung der kurzfristigen Absatzerwartungen korrespondiert mit dem seit Jahresbeginn 2008 tendenziell rückläufigen Auftragsvolumen der Industrie. So haben die Bestellungen in den Sommermonaten saisonbereinigt mit 3¾% gegenüber dem zweiten Quartal relativ deutlich nachgegeben, nachdem schon in den beiden Dreimonatsabschnitten des ersten Halbjahres erhebliche Rückgänge hinzunehmen waren. Während die Einbußen bei den Herstellern von Vorleistungs- und Konsumgütern noch vergleichsweise moderat ausfielen, gab die Investitionsgüternachfrage im Sommerhalbjahr insgesamt betrachtet stark nach. Dabei ist jedoch in Rechnung zu stellen, dass der Auftragsfluss im Winterhalbjahr 2007/08 in außergewöhnlichem Umfang von großvolumigen Investitionsvorhaben insbesondere ausländischer Kunden geprägt war. Der Rückgang der Investitionsgüterbestellungen zwischen April und September 2008 von

*Rückläufige Auftrags-eingänge in der Industrie*

saisonbereinigt fast 8½ % gegenüber dem Sechsmonatsabschnitt zuvor lässt sich rein rechnerisch zur Hälfte auf eine Normalisierung des Großauftragsvolumens zurückführen.

*Schrumpfende  
Auftragspolster*

In der auftragsorientierten Industrie hat der schwache Orderfluss der vergangenen Monate die vorhandenen Auftragspolster zwar merklich schrumpfen lassen. In der Produktion besteht aber noch verbreitet die Möglichkeit, fehlende Neuaufträge durch Abarbeitung der Altbestände zu kompensieren. Das zeigt sich auch daran, dass die Reichweite der Auftragsbestände den Angaben des ifo Konjunkturtests zufolge bislang nur wenig gesunken ist, während die möglicherweise stärker vom laufenden Orderfluss gekennzeichnete Beurteilung der Auftragsbestände in den vergangenen Monaten erkennbar nachgab. Dagegen dürfte die Erzeugung in Industriebranchen, in denen die Zeitspanne zwischen Auftragserteilung und Produktion üblicherweise kurz ist, schon bald deutlich gedrosselt werden. Dasselbe gilt angesichts der ausgeprägten Absatzflaute für die Automobilindustrie und deren Zulieferbereiche.

*Konjunktur-  
paket der  
Bundes-  
regierung*

Vor dem Hintergrund der zunehmenden gesamtwirtschaftlichen Eintrübung hat die Bundesregierung am 5. November ein Maßnahmenpaket beschlossen, mit dem der Konjunkturschwäche entgegengewirkt und Arbeitsplätze gesichert werden sollen. Die Maßnahmen, die neben steuer- und ausgabenpolitischen Instrumenten auch eine Aufstockung von Förderkreditprogrammen umfassen, sind auf die Jahre 2009 und 2010 begrenzt und zielen vor allem auf die

Stärkung beziehungsweise Stimulierung der privaten und öffentlichen Investitionstätigkeit ab. Außerdem wird der Neuwagenkauf durch eine befristete Aussetzung der Kfz-Steuer gefördert. Die direkten Impulse für die Inlandsnachfrage und die indirekten Auswirkungen auf den gesamtwirtschaftlichen Kreislauf sind in Abhängigkeit von Art und Volumen der jeweiligen Maßnahme sehr unterschiedlich zu beurteilen. Die Erfahrungen aus früheren Konjunkturprogrammen sowie Simulationen mit ökonometrischen Modellen lassen gesamtwirtschaftlich einen eher begrenzten Effekt erwarten; für die Bauwirtschaft ist eine stabilisierende Funktion aber durchaus angelegt.

Die bis zuletzt recht robuste Arbeitsmarktlage lässt hoffen, dass die gegenwärtige konjunkturelle Abkühlung der deutschen Wirtschaft nicht in eine sich selbst verstärkende, hartnäckige Abschwungphase einmündet. Die Bereitschaft vieler Unternehmen, angesichts gut gefüllter Arbeitszeitkonten und des nach wie vor akuten Fachkräftemangels ihren Beschäftigtenstand im Kern zu halten, stützt für sich genommen nicht nur die Einkommenssituation der Haushalte, sondern reduziert auch das Risiko des Arbeitsplatzverlustes, das üblicherweise die Konsumneigung dämpft. Diesem Stabilisierungselement wirkt entgegen, dass notwendige Korrekturen in den Belegschaften durch den erhöhten Bestand an Leiharbeitsverhältnissen und befristeter Beschäftigung derzeit recht zügig vorgenommen werden können. Das Kalkül der Unternehmen, zunächst auf in der Regel teure Anpassungsmaßnahmen in ihrer Stammbesellschaft zu verzichten, dürfte sich ver-

*Robuster  
Arbeitsmarkt  
als konjunktu-  
reller Stabilisie-  
rungsfaktor*

ändern, wenn die Kosten für den Erhalt der Arbeitsplätze steigen. Weiterhin Augenmaß in der Lohnpolitik sichert damit nicht nur den substanziellen Erfolg der vergangenen Jahre auf dem Arbeitsmarkt, sondern vermindert auch das Risiko eines primär binnenwirtschaftlich angelegten konjunkturellen Abwärtsdrucks. Das deutlich aufgehellte Preis-

klima bietet überdies die Perspektive, dass die Realeinkommen der Haushalte auf absehbare Zeit nicht mehr so stark von inflationsbedingten Einbußen betroffen sind. Auch die Unternehmen dürften bei ihren Materialkosten, deren Anstieg im bisherigen Jahresverlauf stark ertragsschmälernd gewirkt hatte, zuletzt spürbar entlastet worden sein.